Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Umwelt
und Sicherheit

19. Oktober 2026

Sitzung des Stadtrates am 28.10.2026
Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FDP zum Einsatz KI-gestützter Systeme gegen illegale Müllablagerungen
Vorlagen Nummer: VIII/2025/03210
TOP: 10.17

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Die Stadtverwaltung teilt das Anliegen der Antragsteller, illegalen Müllablagerungen im Stadtgebiet wirksam entgegenzutreten. Diese beeinträchtigen nicht nur das Stadtbild und die Aufenthaltsqualität, sondern verursachen auch erhebliche Kosten für die Allgemeinheit.

Der vorgeschlagene Einsatz KI-gestützter Kamerasysteme ist jedoch aus rechtlichen Gründen kritisch zu bewerten.

Die Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Straßen, Wege und Plätze durch kommunale Behörden stellt einen erheblichen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar und bedarf einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage.

Eine solche Rechtsgrundlage für die anlassbezogene Überwachung des öffentlichen Raums zur Feststellung und Verfolgung illegaler Müllablagerungen steht der Stadt Halle (Saale) nicht zur Verfügung. Auch der Einsatz künstlicher Intelligenz zur automatisierten Bilderkennung vermag diese rechtlichen Voraussetzungen nicht zu ersetzen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Erarbeitung eines umfassenden Konzepts einschließlich der Prüfung möglicher Einsatzorte, technischer Lösungen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen derzeit nicht zielführend.

Die Stadtverwaltung wird ihre bestehenden Maßnahmen zur Verhinderung und Ahndung illegaler Müllablagerungen fortsetzen und im Rahmen der rechtlichen und personellen Möglichkeiten weiterentwickeln.

René Rebenstorf
Beigeordneter